

Social-Demokrat.

Diese Zeitung erscheint drei Mal wöchentlich und zwar: Dienstags, Donnerstags und Sonnabends Abends.

Organ der social-demokratischen Partei.

Redaction und Expedition:
Berlin,
Alte Jakobstraße Nr. 67.

Abonnement-Preis für Berlin incl. Bringerlohn: vierteljährlich 15 Sgr., monatlich 5 Sgr., einzelne Nummern 1 Sgr.; bei den Königl. preussischen Postämtern 15 Sgr., bei den preussischen Postämtern im nichtpreussischen Deutschland 12 1/2 Sgr., im übrigen Deutschland 20 Sgr. (fl. 1. 10. Südd., fl. 1. 8sterr. Währ.) pro Quartal.

Bestellungen werden auswärts auf allen Postämtern, in Berlin auf der Expedition, von jedem soliden Expediteur, von der Expres-Compagnie, Zimmerstraße 48a, sowie auch unentgeltlich von jedem „rothen Diensthmann“ entgegen genommen. **Inserate** (in der Expedition aufzugeben) werden pro dreispaltige Petit-Zeile bei Arbeiter-Annoncen mit 1 Sgr., bei sonstigen Annoncen mit 3 Sgr. berechnet.

Agentur für England, die Colonien und die überseeischen Länder: Mr. Bender, 8. Little New-Port-Street, Leicester-Square W. C. London.
Agentur für Frankreich: G. A. Alexandre, Strassbourg, 5. Rue Brulée; Paris, 2. Cour du Commerce Saint-André-des-Arts.

Der in den nächsten Tagen zu Berlin stattfindenden Festlichkeiten wegen muß die Nummer für nächsten Freitag ausfallen.

Politischer Theil.

Berlin, 18. September.

Der Ruf nach dem allgemeinen, gleichen und directen Wahlrecht wurde in Deutschland nach der Reactionsperiode zuerst von Ferdinand Lassalle erhoben — die social-demokratische Partei war es, welche zuerst die Forderung dieses wichtigen Volksrechtes stellte.

Es ist nicht überflüssig, hieran zu erinnern und den wahren Sachverhalt zu betonen; denn heute, wo das allgemeine Stimmrecht in Folge unserer Agitation in der Öffentlichkeit zu Ehren gekommen ist, sucht sich die liberale Bourgeoisie den Anschein zu geben, als sei sie von Anfang an für dasselbe eingetreten.

Von den beiden Blättern, welche vorzugsweise als Organ des Fortschrittlerthums galten, „Volks-Ztg.“ und „National-Ztg.“, hatte die erstere schon früher, gleichzeitig mit Schulze-Delitzsch, ihre Schwankung nach dem allgemeinen Stimmrecht vollzogen; jetzt aber erklärt auch die „National-Ztg.“, daß das allgemeine Stimmrecht „ihr Ideal“ sei. Merkwürdiger halber theilen wir die betreffende Stelle aus dem Leitartikel des genannten Blattes mit, um so mehr, als derselbe zugleich beweist, daß man England nicht mehr als Musterstaat darzustellen wagt, sondern auch in dieser Beziehung jetzt die Wahrheit zu sagen gezwungen ist. Anknüpfend an die vor Kurzem im preussischen Abgeordnetenhaus behandelte Frage, ob den Abgeordneten zum „Reichs-Tage“ des norddeutschen Bundesstaates Diäten (Tagegelder) zu zahlen seien oder nicht, wird unter Heranziehung der Verhältnisse in England, wo die Mitglieder des Unterhauses keine Diäten beziehen, wie folgt bemerkt:

Das bisherige britische Parlament ist keine Volksvertretung, wie sie in Deutschland und in allen andern Kulturstaaten der Neuzeit verlangt wird und unentbehrlich ist, sondern es ist eine Aristokratenherrschaft auf Kosten und Unkosten des Landes. Auf jener Insel giebt es noch heute zahllose Staatsgenossen, die gar nicht im Parlament vertreten sind, und die Ausdehnung der Wahlberechtigung wird bis jetzt sehr lässig und zweideutig betrieben, obgleich die Reformbewegung sich gewiß nicht ersäuen lassen wird. Es giebt dort noch viele Personen und viele Orte, die kein Wahlrecht haben, in vielen Orten kommt ein Parlamentsmann auf wenige tausend Seelen, in anderen Orten auf zweihunderttausend Seelen. Das alles entspricht nicht unsern politischen Begriffen, Anforderungen und Bedürfnissen, wir dürfen uns aber rühmen, daß auf unserem Standpunkt der Sitz im Parlament in einem viel höheren und reineren Sinne ein Ehrendienst ist, als dies von England ausgesagt werden

kann. Wir sehen nämlich den Fortschritt der Geschichte und der Freiheit, sowie die Würde und den Werth des Staatswesens ganz vorzüglich darin, daß eine immer größere Zahl von Menschen zur thätigen Theilnahme am Staatsleben, oder was dasselbe ist, am Staatsdienst berufen wird. Weil das allgemeine Stimmrecht Alle in den Staatsdienst ruft, darum ist es unser Ideal in dem guten, richtigen Sinne dieses Wortes, und wir verschmähen die Scheidung des Volkes in Regierende und Regierte, in Wähler und Nichtwähler, als etwas Unorganisches, Staatsverderbliches, Rohes und Unwürdiges. Schon in dem Wahlrecht des Volkes sehen wir kein persönliches Recht, wie dies in England der Fall ist, wo das Wahlrecht des gemeinen Mannes darin besteht, daß er einen Anspruch darauf hat, besprochen zu werden. Wir sehen im deutschen Wahlrecht eine Verpflichtung, einen Dienst des Volkes für den Staat, und dies ist allerdings auch in England die Anschauung der Denker, wie Stuart Mill, welche über das übertriebene Unwesen hinaus wollen. Sollen aber in der Thätigkeit der erwählten Abgeordneten sehen wir durchaus nicht wesentlich ein Recht, verbunden mit Ansprüchen auf Aemter und Sincluren und auf sonstige Fällung des Beutels; sondern ganz vornehmlich in dieser Thätigkeit sehen wir eine Pflicht, einen Dienst, eine Arbeit für den Staat. Rechte hat der Abgeordnete nur insofern, als man solche, um Pflichten erfüllen zu können, stets nöthig hat. Er hat sie also nicht als Selbstzweck, sondern als Mittel zum Zweck.

Man sieht: auch die „National-Ztg.“ ist jetzt für das allgemeine Stimmrecht, wie denn die liberale Bourgeoisie überhaupt nicht mehr wagt, dieser Forderung offen entgegenzutreten. Allein das Volk muß Gedächtniß haben. Es muß sich erinnern, mit welcher Wuth die liberale Bourgeoisie, insbesondere ihre Presse, über Lassalle herfiel, als er zuerst den Ruf nach dem allgemeinen Stimmrecht erhob.

Bescheidenheit ziemt sich nicht für eine politische Partei; was sie geleistet hat, darf und soll sie von sich rühmen; denn dadurch hebt sie das Selbstvertrauen und den Muth ihrer Mitglieder. Darum sagen wir es bestimmt und laut: daß das allgemeine Stimmrecht in Deutschland auf die Bahn gekommen, ist das Verdienst der social-demokratischen Partei und vor Allem ihres dahingegangenen Führers.

Ohne unsere Agitation wäre die preussische Regierung nie dazu gekommen, das allgemeine Wahlrecht auf ihre Fahne zu schreiben — ohne unsere Agitation würde die liberale Bourgeoisie noch heute das allgemeine Stimmrecht todschweigen und jeden, der etwa vereinzelt nach demselben zu rufen sich unterfinge, verletzern und verfolgen.

Aber wie wir bisher in Sachen des allgemeinen Stimmrechts thätig waren, so müssen wir es auch in Zukunft sein und der Erfolg wird uns auch im weiteren Verlauf nicht fehlen.

Neuerdings hat der Allg. deutsch. Arb.-Verein auf die Anordnung seines Präsidenten in allen Theilen Deutschlands Volks-Versammlungen abgehalten, in denen der Ruf nach Einführung des allgemeinen Stimmrechts auch im Innern der ein-

zelnen Staaten, für alle öffentlichen Angelegenheiten, aus dem Volke heraus ertönte. Dieser Ruf muß sich erneut und mit immer stärkerem Nachdrucke wiederholen, so oft sich eine Gelegenheit bietet.

Wir müssen aber zu gleicher Zeit dafür sorgen, daß man mit dem allgemeinen Stimmrecht kein muthwilliges Spiel treibe.

Im Augenblick liegt eine Frage vor, welche in dieser Beziehung von hoher Wichtigkeit ist: Werden die Abgeordneten zum norddeutschen Parliamente Diäten bekommen oder nicht?

Wir brauchen kein Wort darüber zu verlieren, daß ein allgemeines Stimmrecht ohne Diätenzahlung keinen Pfifferling werth wäre. Gerade die zum Bewußtsein ihrer Lage gelangten Kreise des Volkes werden bei dem allgemeinen Stimmrecht vielfach Abgeordnete in das Parlament entsenden, welche, gewohnt von ihrer Arbeit zu leben, ohne Besitzthum, nicht in der Lage sind, ihre Zeit und ihre Kräfte der Allgemeinheit zu widmen, wenn sie nicht für ihren Lebensunterhalt während der betreffenden Zeit sicher gestellt sind. Das allgemeine Stimmrecht ohne Diätenzahlung wäre für das Volk werthlos; es wäre ein böswilliges Spiel, welches man sich zu Gunsten der Besitzenden gegen das besitzlose Volk erlauben würde.

Sobald sich also — was allerdings bis jetzt noch nicht der Fall ist — herausstellen sollte, daß man wirklich und endgültig für das Parlament keine Diäten zahlen will, würde es unsere Aufgabe sein, mit aller Entschiedenheit gegen einen solchen Mißbrauch der Volksmacht aufzutreten.

Man gebe dem Volke das allgemeine Stimmrecht ernstlich und in Wahrheit; aber man versuche nicht, es zum Karren zu halten. —

Mundschau.

Berlin, 18. September.

Zwischen Oesterreich und Preußen, wie auch den Südstaaten Deutschlands macht sich seit dem Kriege eine wachsende Spannung bemerkbar, die an eine Ansöhnung für die Zukunft schwerlich glauben läßt. Die „Wiener Presse“ läßt sich über das Verhältniß Oesterreichs zu Preußen folgendermaßen aus:

In demselben Maße, als sich die Ansichten auf eine volle Ansöhnung zwischen Oesterreich und Italien mehrten, in demselben Verhältniß schwinden dieselben in Bezug auf die Möglichkeit, daß es sobald wieder zu einem freundschaftlicheren Verhältniß zwischen Oesterreich und Preußen kommen werde. Preußen hat Oesterreich gegenüber den Platz occupirt, welchen Piemont seit 1848 bis zum Waffenstillstands-Abschluß von Cormons eingenommen hat. Die Ergebnisse dieses Jahres werden hier nicht so leicht vergessen werden, wenn es auch mehr als sicher scheint, daß Oesterreich der Befähigung der Dinge in Deutschland gegenüber die absoluteste Passivität zu beobachten gewillt sei. Selbst die Wiederanknüpfung der diplomatischen Beziehungen scheint auf Schwierigkeiten zu stoßen. Obgleich Baron Werther bereits in Wien

eingetroffen ist, um seinen Posten wieder einzunehmen, so hat es doch mit der Besetzung des Botschafterpostens in Berlin keine Schwierigkeiten.

Und mit den süddeutschen Staaten überhäuft sich Oesterreich mit Vorwürfen wegen des unglücklichen Ausganges des Krieges, an dem Niemand schuld sein will. Da ist zuerst der „badiſche Verrath“, welcher actenmäßig festgestellt und die Hauptursache des misglückten Feldzuges in Mitteldeutschland sein soll. Bayern wird der Vorwurf gemacht, daß es der Stipulation 3: „Bei der Feststellung des Operationsplanes ist auf die möglichste Vereinigung der Streitkräfte Rücksicht zu nehmen,“ nicht nachgekommen ist. Andererseits aber schreibt man in München über Verrath, weil Oesterreich im Widerspruch mit der bestandenen Conventione einen Separatfrieden mit Preußen abgeschlossen und Bayern im Stich gelassen habe. Selbstverständlich ist die gestörte Bundesgenossenschaft völlig aufgehoben worden, seitdem sich bestätigt hat, daß dem Grafen Bismarck in der That der bayerische Hubertus-Orden verliehen ist. Dazu bemerkt die „Augsburger Abendpost“:

Die Verteilung ist in Anerkennung der erfolgreichen Bemühungen, welche Herr v. Bismarck bei den Friedensverhandlungen zu Berlin zu Gunsten Bayerns geltend gemacht hat, erfolgt und bezeichnet für jetzt jedenfalls die Entwicklung freundlicher Beziehungen zwischen Preußen und Bayern. Es entspricht dies vollständig dem Programm, welches Herr v. Bismarck lange vor dem Kriege Herrn v. d. Pfordten insinuiert hat, welches man aber damals abzuwehren „in der Lage war.“ Der Unterschied zwischen dort und heute ist nur der, daß Bayern das jetzt theuer genug bezahlen muß, was es vorher mit Vortheil haben konnte. Die Sache hat übrigens auch ihre eigene Seite, insofern als Herr v. d. Pfordten durch diese Ordensverleihung auch seine eigene Position wieder zu befestigen gewußt — abgesehen von der Wahlverwandtschaft, die in gewissen Kreisen mit der Behandlung des „inneren Doppels“ herrscht.

Endlich veröffentlicht der „Moniteur“ das längst erwartete und schon viel besprochene Rundschreiben des interimistischen Ministers des Auswärtigen, Lavalette, vom 16. d. M. an die diplomatischen Agenten Frankreichs im Auslande.

Das Rundschreiben weist darauf hin, daß die neuerlichen Veränderungen in Europa Frankreich günstig seien. Die Coalition der drei nordischen Höfe, heißt es darin, ist gebrochen. Der neue Grundlag, welcher Europa lenkt, ist die Freiheit der Bündnisse. Preußens Vergrößerung sichert die Unabhängigkeit Deutschlands. Frankreich hat das Wort der Assimilation, welches sich vollzogen hat, weder zu kämpfen, noch zu bedauern, sondern dem Nationalitätsprincip, welches dasselbe in Bezug auf die Völker vertritt und bekämpft, die Gefühle der Eifersucht unterzuordnen. — Oesterreich, von seinen Vorjüngern um Italien und Deutschland befreit, nicht länger genöthigt, seine Kräfte in unzählbaren Rivalitäten zu verbrauchen, sondern in den Stand gesetzt, sie im Osten Europas zu concentriren, repräsentirt noch heute einen Staat von 35 Millionen Seelen, welchen kein feindseliges Interesse von Frankreich trennt. — Das Rundschreiben erklärt, aus welchen Gründen der Kaiser Recht gehabt habe, die Rolle eines Vermittlers anzunehmen. Der Kaiser würde jedoch seine hohe Verantwortlichkeit verkannt haben, wenn er unter Verletzung der von ihm versprochenen und proklamirten Neutralität sich thätig in die Wagnisse eines großen Krieges gestürzt hätte, eines jener Kriege, die den Racenhass, welcher ganze Nationen gegen einander wirkt, wieder erwecken. Die Regierung bezeugt, daß die Annexionen durch die absolute Nothwendigkeit geboten sind, mit dem Vaterlande Völkern zu vereinigen, welche Sitten und Nationalgefühl gleich haben. Sie kann territoriale Vergrößerungen, welche ihre mächtige innere Einheit nicht beeinträchtigen, nur wünschen, aber sie muß stets an ihrer moralischen und politischen Vergroßerung arbeiten, indem sie ihren Einfluß den großen Interessen der Civilisation zu Dienst stellt. — Die Resultate des letzten Krieges enthalten jedoch eine ernste Lehre: Sie weisen auf die Nothwendigkeit hin, für die Vertheidigung des Gebietes die militärische Organisation ohne Ansehen zu vervollkommen. Diese Pflicht, welche für Niemanden eine Drohung sein kann, wird die Nation zu erfüllen wissen.

Ueber die Friedensverhandlungen zwischen Oesterreich und Italien meldete vorgestern aus Florenz ein Telegramm, daß Preußen den Prager Frieden als in Frage gestellt angesehen habe, weil Oesterreich Schwierigkeiten in der Lösung der italienischen Frage mache. Wie aus dem Vorherigen schon ersichtlich, ist die Wiener Presse“ anderer, sogar ent-

gegengesetzter Meinung. Daß jedoch eine Störung in den Verhandlungen eingetreten sei, schreibt auch die Presse. Sie sagt darüber:

Ueber den Stand der Friedensverhandlungen mit Italien sind heute (am 16. September) widersprechende Gerüchte im Umlauf. Die Verständigung in Betreff der venezianischen Schuld soll auf Schwierigkeiten gestoßen sein. Preussische Blätter gehen sogar so weit, zu behaupten, es sei die Intervention Frankreichs und Preußens nothwendig geworden, und die Kreuzzeitung bringt die schnelle Rückkehr des Freiherrn v. Werther nach Wien mit dieser Angelegenheit in Verbindung. Letzteres ist entschieden übertrieben und entspringt wohl nur einer gewissen Großbucerei, die auch das Zustandekommen eines Italien gültigen Friedens gerne Preußen vindiciren möchte. Die italienischen Blätter sind maßvoller. Ein Telegramm aus Florenz meldete gestern, daß die Konferenz über die venezianische Angelegenheit auf die nächste Woche verschoben sei, und die Opinions findet die Ursache des langsameren Ganges der Verhandlungen in der Schwerfälligkeit der österreichischen Diplomatie, die sich von ihren alten Gewohnheiten nicht loslagern könne. Grund zu ersten Bedauern vermag das italienische Blatt darin keineswegs zu erblicken, und damit stimmt auch überein, was wir in den Organen der englischen und der nichtpreussischen deutschen Presse lesen.

Die neueste Depesche aus Florenz berichtet, daß die in Folge des Krieges bisher von Truppen entblößte Insel Sicilien, in diesen Tagen von Brigantenthauden sehr heimgesucht worden ist. Dieselben sind sogar in Palermo eingebrochen und haben selbst der bewaffneten Macht Widerstand geleistet. Nach einer weiteren Nachricht vom 17. organisiren sich die Banden förmlich, um sich festzusetzen und fordern Beibehaltung der geistlichen Körperschaften. Die Nationalgarden werden um Palermo zusammengezogen.

In England werden in großem Maßstabe Arbeitseinstellungen in's Werk gesetzt, indem sich die sociale Agitation mit der politischen Reform-Meetings die Hand reicht. In den Schmelzhütten von Cleveland (Northumberland) feiern gegen zwölftausend Arbeiter. In Preston haben die Zimmerleute ihre Arbeiten eingestellt, und der „Arbeiter-Central-Berein“ zu London giebt diesen wöchentlichen Unterstüzungen. Die Londoner Bäckergeſellen verlangen eine Abkürzung der Arbeitszeit und wollen den Sonntag ganz arbeitstfrei sein. Die Bergleute von Thorncliffe haben die Arbeit gekündigt und zwölftausend ihrer Kameraden in Yorkshire wollen ihrem Beispiel folgen, das sie bei einem Meeting für ausgezeichnet erklärten. Die Tischler in Manchester haben ihren Arbeitgebern Bedingungen gestellt, wodurch jene veranlaßt wurden, die Werkstätten zu schließen. In den Eisengießereien zu Barrow stehen die Hochöfen schon lange kalt. Die Themseflößer schicken sich auch zur Streik an. Die Kohlenarbeiter in Limerick haben die Arbeiten eingestellt, eben so die Arbeiter in den Arsenalen zu Greenock in Schottland; die im Arsenal zu Chatham wollen dasselbe thun.

Die General-Versammlung der „Kretenser“ hat den Vertretern der drei Schutzmächte eine gegen die Vorkte gerichtete Erklärung zugesellt, in welcher sie es als eine unumgängliche und heilige Pflicht erachtet, eine neue Rechtfertigung zu veröffentlichen, um die Grundlosigkeit und Ungerechtigkeit der türkischen Regierung darzutun. Sodann heißt es in dieser Erklärung:

Wir erlauben uns die Aufmerksamkeit der Hören Vertreter der Mächte auf folgende Thatfachen zu richten und deshalb ihre Unterstützung anzunehmen. Wir wären das Opfer der Intrigue und der Täuschung geworden, wenn wir den wiederholten Versicherungen des Serdar Scheib Balda, daß er von der hohen Pforte bevollmächtigt sei, mit uns über die Kretensische Frage zu verhandeln, Glauben geschenkt hätten und nicht schleunigst die an ihn schon abgeschickten Gesandten zurückberufen und die Waffen nothgedrungen zu unserer Vertheidigung ergriffen hätten. Die Noth zwingt uns, dem feindseligen Heere Widerstand zu leisten, wenn man versuchen sollte, uns aus den Orten zu verdrängen, wobei wir uns mit unseren Frauen und Kindern geflüchtet haben, bis unser Schicksal durch die christlichen Mächte entschieden sein wird. Zugleich bringen die Unterzeichneten zur Kenntniß der Herren Vertreter der anderen und besonders der drei Schutzmächte die Profanation und Verraubung folgender Kirchen: der heil. Kyriada in Kydona, des heil.

Demetrius, der heil. Jungfrau, des heil. Pantaleon in Kethymo und der Kirche der heil. Wandlung; alle diese Entweidungen der Heiligtümer sind von der kaiserlich türkischen Armee verübt worden. Bei diesen Gräueltthaten hat man es nicht bewenden lassen, sondern friedliche, unbewaffnete Leute verflümmelt und geköpft, nur weil sie sich weigerten, Adressen zu unterschreiben, die den Zweck haben, zu leugnen, daß wir irgend welchen Grund zu Bündnissen und Beschwerden haben. So geschehen in der Provinz Apolotonos, 9./21. August 1866.

In Wien fürchtet man, daß Rußland allen Ernstes daran denke, unter dem Vorwande einer Intervention, für welche die Voraussetzungen durch Rußland selbst geschaffen sind, Eroberungspolitik zu treiben. Zugleich hält man es für zweifellos, daß die Regierung der Vereinigten Staaten auf der Seite Rußlands stehen und bei Einmischung der Westmächte activ als deren Gegnerin auftreten würde.

Präsident Johnson setzt seine Rundreise im Westen der Vereinigten Staaten Amerika's, deren angeblicher Zweck die Enthüllung des Douglas-Denkmal in Chicago ist, fort, hält allenthalben Reden und wird enthusiastisch empfangen. Dies jedoch nicht ohne unangenehme Ausnahmen. An mehreren Orten wurden seine Ansprachen an das Volk durch Schreien und Rufen und durch den Ruf „Verräther“ unterbrochen. In Chicago befürchtet man sogar, daß es zwischen Radikalen und Demokraten bei Ankunft des Präsidenten zu politischen Krawallen kommen wird. Die Reise ist lediglich zu betrachten als eine direkte persönliche Berufung an das Volk der Nordstaaten gegen den Kongress, welchem diese Staaten seine Macht verliehen haben.

Deutschland.

Berlin, 18. Sept. [Herrenhaus.] In der 10. Sitzung am 17. Sept. stand die Verathung über das Wahlgesetz für den Reichstag des norddeutschen Bundes auf der Tages-Ordnung. Reg.-Rath Wagener verließ bei Eingang in die Debatte ein Schreiben des Grafen v. Bismarck, in welchem letzterer dringend die Annahme des Gesetzes in der Fassung, die ihm das Abg.-Haus gegeben, empfiehlt, da das Nichtzustandekommen des Gesetzes und so des norddeutschen Reichstages die deutsche und europäische Leitung der auswärtigen Angelegenheiten bedenklich erschüttern würde. In Folge dessen wurde der Wahlgesetzentwurf in der Fassung des Abg.-Hauses gegen diejenige der Commission, welche den Regierungsentwurf wieder herstellt, trotz mancher Bedenken, welche die Redner dagegen äußerten, gegen wenige Stimmen angenommen. Außerdem nahm das Herrenhaus im Anschluß an das Reichswahlgesetz, jedoch nur mit schwacher Majorität, auf Vorschlag der Commission folgende Resolution an:

Die Königl. Staats-Regierung anzufragen, bei Vereinbarung der Verfassung für den Norddeutschen Bund Fürsorge zu treffen, die Bedenken, welche die Anwendung des allgemeinen gleichen Stimmrechts zur Bildung der Bundesvertretung hervorrufen würde, durch eine anderweitige Zusammensetzung derselben zu beseitigen, und in der Beziehung in Betracht zu ziehen, in wie fern dies durch die Wahl von der Hälfte der Abgeordneten durch die Höchstbesteuerten der Wahlkreise, sowie dadurch zu erreichen sein möchte, daß dem Abgeordnetenhause ein Staatenhaus, nach Analogie des durch den Verfassungsentwurf vom 26. Mai 1849 §. 86 vorgezeichneten, zur Seite gesetzt wird.

[Die sogenante Annexions-Commission] setzte am 13. September, die Verathung des Gesetzentwurfes, betreffend die Einverleibung von Schleswig-Holstein fort. Die Debatte wurde auf Antrag des Abg. Schulze vertagt, bis sich der Vertreter der Regierung über mehrere von den Abg., Bering, Dr. Becker, v. Bockum-Dolffs, Dr. Birkow und Reite gestellte Amendements äußern könne. Der Reg.-Commissar äußerte sich in dieser Sitzung in Erwiderung auf mehrere gefallene Aeußerungen dahin, daß die Regierung selber einmal erwogen habe, ob sie nicht aus politischen Zweckmäßigkeitsgründen den Prinzen v. Augustenburg als Herzog einsetzen sollte. Nachdem sie sich von dessen feindseligem Gesinnung gegen Preußen überzeugt, sei sie davon zurückgekommen. Ihr Recht auf das Herzogthum sei kein geringeres wie das auf Hannover und Kurhessen, nämlich das der Eroberung.